

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

10.3.1921 (No. 58)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telegraphenamt
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Haupt-
redakteur
C. M e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Abonnementpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P.; — Einzelnnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die zwei gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abont, der als Kasierabont gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung monatlicher Beiträge und Kontoverfahren fällt der Abont fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dessen Lieferant hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zum Studium an der Technischen Hochschule.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat angeordnet, daß die Abiturienten der Höheren Lehranstalten, die sich dem Studium an der Technischen Hochschule widmen wollen, auf folgendes hingewiesen werden:

Der Maschinenwesen oder Elektrotechnik an einer Technischen Hochschule studieren und später die Diplomprüfung in diesen Fächern ablegen will, hat nach den Diplomprüfungsordnungen eine mindestens einjährige praktische Tätigkeit in Werkstätten nachzuweisen. Die Technische Hochschule Karlsruhe empfiehlt sehr, einen Teil dieser praktischen Tätigkeit vor dem Beginn des Studiums auszuüben; das Verhältnis für manche Lehrfächer im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik wird durch die vorhergehende Tätigkeit in der Werkstatt gefördert oder überhaupt erst ermöglicht. Der regelmäßige Lehrgang im Maschinenbau und in der Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe beginnt zudem erst im Herbst. Es kann zwar das Studium in beiden Fächern auch an Ostern begonnen werden, doch wird dies nicht empfohlen. Wer daher an Ostern die Schule verläßt, wird am besten zunächst ein halbes Jahrpraktisch in der Werkstatt arbeiten und im Herbst das Studium aufnehmen. Der Rest der praktischen Tätigkeit kann dann in den Ferien erledigt werden.

Wer Architektur, Bau-Ingenieurwesen oder Chemie studieren will, kann sofort an Ostern die Studien beginnen, da die regelmäßigen Lehrgänge in diesen Fächern im Sommersemester anfangen. Es können die Studien in diesen Fächern auch im Herbst aufgenommen werden, doch ist dies nicht zu empfehlen.

Die Ausbildung von Lehrern für den Fortbildungsunterricht.

Vom 5. April bis 14. Mai d. J. wird in Karlsruhe ein Lehrgang zur Ausbildung von Fortbildungsschullehrern abgehalten werden. Zu diesem Kurse werden Volksschullehrer zugelassen, welche die Dienstprüfung abgelegt haben und sich bereit erklären, künftig die Erteilung von Fortbildungsunterricht auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1918 zu übernehmen.

Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum 20. März d. J. auf dem Dienstwege vorzulegen und haben folgende Angaben zu enthalten: Geburtsjahr und Geburtsort, Vorkurs, Zeit der Aufnahme unter die Volksschullehrer und der Dienstprüfung, Dienststellung, Ort der Verwendung, ob der Bewerber schon an Ausbildungskursen irgendwelcher Art teilgenommen hat und ob er über besondere praktische oder theoretische Kenntnisse auf den Gebieten verfügt, die für die Fortbildungsschule in Frage kommen. Den zugelassenen Lehrern geht rechtzeitig Mitteilung zu. Die auswärtigen Teilnehmer des Kurses erhalten Ersatz der Reisekosten (Fahrkarte 3. Klasse mit Schnellzugzuschlag) und einen Zuschuß zu den erhöhten Kosten des Lebensunterhalts, der für Verheiratete 350 M. und für Unverheiratete 210 M. für die Dauer des Kurses beträgt. Die zugelassenen Lehrer sind zum regelmäßigen Besuch aller Veranstaltungen des Kurses verpflichtet. Für das Jahr 1921 ist die Abhaltung von zwei weiteren Kursen in Aussicht genommen.

Die Abhaltung von Spiel- und Sportkursen an der Turnlehrerbildungsanstalt in Karlsruhe.

An der Turnlehrerbildungsanstalt in Karlsruhe werden in den Monaten April/Mai folgende Spiel- und Sportkurse abgehalten:

- In der Zeit vom 11. bis 23. April d. J. ein Kurs für akademisch gebildete Lehrer an Höheren Lehranstalten.
- In der Zeit vom 25. April bis 7. Mai d. J. ein Kurs für Lehrer an Volks- und Fortbildungsschulen.

In erster Linie kommen solche Lehrer in Frage, die noch keinen Kurs an der Turnlehrerbildungsanstalt mitgemacht haben, Turn- oder Spielunterricht erteilen und Turn- und Spielbereitschaft besitzen. Die Anmeldungen für Kurs I sind bis spätestens 25. März d. J. für Kurs II bis spätestens 9. April d. J. auf dem Dienstwege dem Ministerium des Kultus und Unterrichts vorzulegen. An der Anmeldung sind anzugeben: Alter, Zahl der Klassen, Teilnahme an früheren Turn- oder Sportkursen, besondere Fertigkeiten in den einzelnen Arten der Leibesübungen. Die Teilnehmer, denen über ihre Zulassung besondere Nachricht zugehen wird, werden für die Dauer des Kurses unter Befreiung ihrer Bezüge bezichtigt; die auswärtigen Teilnehmer erhalten einen täglichen Zuschuß von 25 M. und Ersatz der Reisekosten (Fahrkarte 3. Klasse mit Schnellzugzuschlag).

Die Zustände in Polen.

Von Andreas v. Godesberg.

Während alle durch den Friedensvertrag neu geschaffenen Staaten es als ihre erste Aufgabe betrachtet haben, sich eine Verfassung zu geben, ist Polen bis heute trotz 23-jährigen Bestehens immer noch ohne eine solche. Belagerungszustand und verschärfter Belagerungszustand wechseln miteinander ab, und im Parlament streiten sich die Parteien in endlosen Debatten um die einzelnen Paragraphen des Verfassungsentwurfes, der im Sommer 1920 zustande gekommen ist. Nachdem verschiedene Entwürfe gleich zu Anfang des Bestehens der Republik Polen von den Parteien vorgelegt waren, die aber alle garnicht erst diskutiert wurden, wurde der genannte Entwurf nach schweren Kämpfen innerhalb des hierfür gebildeten Ausschusses dem Parlament unterbreitet. Fast zu jedem Paragraphen aber stellte eine oder mehrere der Parteien Abänderungsanträge, so daß kaum die Hälfte des Entwurfes bisher durchgearbeitet ist, und daß man fast noch ein Jahr rechnen kann bis zur endgültigen Annahme und bis zur Inkraftsetzung einer Verfassung.

Das gesamte wirtschaftliche und politische Leben leidet unter diesen Zuständen natürlich erheblich. In Polen muß der Schaden umso größer sein, als die ausübende Gewalt in Händen von Keuten liegt, die sich ihrer ganz willkürlich bedienen, weil sie, wie das gesamte polnische Volk, vollkommen unpolitisch sind. Der Schatz der Nationalitäten leidet hierunter natürlich ganz besonders. Man bedient sich z. B. in der Rechtspflege bald des russischen, bald des deutschen Rechts, je nachdem, wie es den betreffenden Personen gerade gefällt. So kommen Fälle vor, in denen das heute für Recht anerkannt wird, was morgen mit schweren Strafen verfolgt wird. Auch in der Wirtschaft ist hierdurch der Willkür Tür und Tor geöffnet. Eine Behörde schiebt die Schuld auf die andere für die entstandenen Mißstände und sucht nur mit Konsequenz die eigenen Vorteile nach Möglichkeit wahrzunehmen, ohne an das Interesse des Staates oder gar der Allgemeinheit zu denken. Man kann kaum eine Besserung hierfür erwarten, wenn die Verfassung in Kraft treten sollte. Zwei Gründe sind hierfür maßgebend. Erstens wird durch die Annahme des Zweikammersystems den zum mindesten nationalistischen Kreisen immer die Möglichkeit gegeben, ihr Veto einzulegen. Man kann nicht zweifeln, daß dieses stets zu Ungunsten der nationalen Minoritäten geschehen wird. Zweitens wird durch den vorliegenden Verfassungsentwurf diesen Minoritäten keine Garantie gegeben.

Man erkennt hieraus mit Leichtigkeit, welch trauriges Schicksal besonders den Deutschen in Polen bevorsteht. Die Unzufriedenheit in den abgetretenen Gebieten, selbst in polnischen Kreisen, wächst zusehends. Das Unrecht, das in der Abtretung dieser Gebiete liegt, wird immer deutlicher, und auch die Polen selber fühlen dies mehr und mehr. Da sie aber von wilhelmscher Seite gebildet sind, sehen sie nicht den einzigen Ausweg aus dieser Mißere, nämlich den der Verständigung mit Deutschland. In ihrem Größenwahnsinn glauben sie, ihre Macht und den Bestand ihres Staates nur dadurch stärken zu können, daß sie ihr Gebiet erweitern, um, ohne Rücksicht auf die Nationalität der Bewohner, den staatlichen Grundbesitz zu vergrößern und die Steuererträge zu vergrößern. Es ist bekannt, daß ihr Heißhunger augenblicklich es hauptsächlich auf Oberschlesien abgesehen hat. Die deutsche Regierung hat seinerzeit noch gerade im letzten Augenblick auf den beabsichtigten polnischen Ruß und die militärischen Vorreitungen in Polen selber hingewiesen, so daß das zum 15. Januar geplante gewaltsame Unternehmen noch kurz vorher abgeblasen wurde. Aber die Polen haben ihre Pläne durchaus nicht endgültig aufgegeben. Neue Meldungen besagen, daß man mit einer gewaltsamen Okkupierung des Landes nach einer für Deutschland günstigen Abstimmung und nach der Rückkehr der auswärtigen Oberschlesier rechnen will. Wie weit diese Meldungen auf Wahrheit beruhen, kann man natürlich nicht einwandfrei feststellen. Eines ist aber sicher, nämlich, daß die P. O. W. in Oberschlesien eine völlig durchgebildete militärische Organisation ist, und daß die Polen eine auffallend große Zahl von Truppen immer noch an ihrer westlichen Grenze konzentriert haben. Man kann aber wohl sagen, ohne Stimmung machen zu wollen, daß ein Rußwettbewerb vor oder während der Abstimmung keinesfalls beabsichtigt ist oder in Frage kommen kann. Damit können selbst die Franzosen niemals einverstanden sein. Die Polen aber sind gerade, wie die Meise Pölsch nach Paris gezeigt hat, auf die Freundschaft der Franzosen mehr denn je angewiesen. Was aber nachher geschehen wird, entzieht sich vorläufig noch der Beurteilung.

Aber nicht nur auf Oberschlesien richten die Polen ihr Augenmerk, auch nach Ost- und Westpreußen strecken sie ihre Fühler aus. Die Nachrichten mehren sich, nach denen versucht wird, ein Heer in Thorn aufzustellen, um dann dieses Heer in Ostpreußen, resp. Westpreußen, einzufallen zu lassen und nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um eine spontane Anschlussbewegung der polnischen Majoritäten in diesen Provinzen. Die Pläne sind aber allzufrüh durch die Verhaftung des Sekretärs des Polenbundes für Westpreußen aufgedeckt worden. Erfreulicherweise hat man feststellen können, daß die durch hochtönende Versprechungen verführten Angehörigen aus Ost- und Westpreußen massenweise aus Thorn, wo sie hintransportiert waren, wieder ausgerückt sind, weil sie erkannten, zu welchem politischen Verrat sie mißbraucht werden sollten. Man kann überhaupt gerade in diesen Gebieten eine dauernde Abnahme der polnischen Stimmung bemerken. So wird aus Marienwerder gemeldet, daß im Kreis Stuhm, in dem noch im Jahre 1912 42 Prozent der Bevölkerung polnisch gewähnt haben, bei den letzten Wahlen von 15 124 abgegebenen Stimmen nur noch 3623 für Polen gestimmt haben. Diese wenigen Zahlen sprechen Bände. Sie zeigen, wie die dem Polenreich benachteiligte Bevölkerung immer mehr die fürchtbaren Verhältnisse drinnen erkennt und

troß aller Bedrückungen und Drohungen der Entente lieber bei Deutschland bleiben will als in einem lebensunfähigen Staate vollständiger Sklaverei und Ausbeutung zu verfallen.

Die Oberschlesier, die vielleicht durch ihre Abstammung oder durch irgendwelche Bande mit Polen verknüpft sind, sollten dieses Moment nicht übersehen, wenn sie zur Wahlurne schreiten. Die Erkenntnis ihrer nordöstlichen Brüder sollte auch die ihre werden, und sie sollten im Interesse ihrer Familien sich allein entscheiden. Dieses Interesse aber verlangt ein Verbleiben des Industrielandes bei Deutschland. Die Versprechungen Korfantus und seiner Helfershelfer sind nichts wie hohle Phrasen, wie sie von polnischer Seite auch den Bewohnern Posen, Ost- und Westpreußens gegenüber gebraucht, aber nicht gehalten sind. Wenn Oberschlesien an Polen fällt, werden die Bewohner den gleichen Unterdrückungen anheim gegeben sein, wie es jetzt schon die Einwohner der abgetretenen Gebiete sind. Ländereien und der Hunger nach neuen Werten, um die polnische Wirtschaft für kurze Zeit wieder ins Leben zu setzen, sind die einzigen Triebfedern. Das sollte ein jeder bedenken. Dann wird auch der einsichtige Teil der polnischen Wähler seine Stimme für Deutschland abgeben.

Politische Neuigkeiten.

Die Begrüßung der deutschen Delegation in Berlin.

Dr. Simons ist gestern abend gegen 7 Uhr mit der gesamten Delegation auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin eingetroffen. Zu seinem Empfang waren anwesend Frau Dr. Simons, der Reichskanzler Fehrenbach, mehrere Staatssekretäre, zahlreiche Beamte des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei und neben den Berliner Pressevertretern fast alle hier tätigen ausländischen Journalisten. Bahnhof und Bahnhofhalle, die Treppen und Rampen, der weite Potsdamer Platz und die Nebenstraßen, sowie die Fenster der angrenzenden Gebäude waren von einer gewaltigen, vieltausendköpfigen Menschenmenge belagert. Der Wagenverkehr stockte vollständig. Die Begeisterung war ungeheuer. Ununterbrochen brüllten vieltausendstimmige Chöre auf Dr. Simons und Deutschland durch die Menge. Nur schrittweise konnten dem Herrn der Weg frei gemacht werden. Bei der Abfahrt der Kraftwagen gab die Menge von neuem ihren Gefühlen in spontaner Weise Ausdruck.

Die Erpressungsmaßnahmen.

Die gestrige Sitzung der Konferenz galt der Prüfung der Einzelheiten über die Durchführungsmaßnahmen der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen. Die alliierten Delegierten nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rheinlandkommission, wonach die Beschlagnahme der Bälle an der Grenze, welche Deutschland von Frankreich und Belgien trennt, bereits begonnen hat. Darauf prüften die Delegierten die Bedingungen für die Errichtung einer Zollgrenze längs des Rheines und bestimmten, welche Erzeugnisse bei ihrer Einfuhr oder bei ihrer Ausfuhr aus dem besetzten nach dem unbesetzten Deutschland belastet werden könnten. Zum Schluß setzten die Delegierten die Grundlage für einen einseitigen Gegenentwurf fest, der von jeder der beteiligten Regierungen ihrem zuständigen Parlament vorgelegt werden soll, um so zu erreichen, daß die Staatsangehörigen für Rechnung der Reparationskommission einen Teil der Schulden leisten, die ihren deutschen Lieferanten schulden. Die Einzelheiten der Durchführung werden gutachtlich in einer Sitzung der Sachverständigen dargelegt werden.

Marshall Foch und General Wehmann unterrichteten den Obersten Rat davon, unter welchen Bedingungen die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bisher stattgefunden hat und weiter durchgeführt werden soll.

Die wichtigste Entscheidung, die heute getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundrisses der Anwendung des Strafmaßes für alle Verträge Deutschlands gegen den Verfall der Beträge, sei es, daß es sich um die Entlastung handelt oder um die Auslieferung der Kriegsschuldigen oder um sonstige Verpflichtungen.

Schwere Bedenken der Londoner City.

Aber die Stimmung in Londoner Citykreisen meldet der Londoner Vertreter der „Frankf. Ztg.“ folgendes:

Die City nimmt die wirtschaftlichen Sanktionen sehr ernst. Sie erblickt allgemein darin eine schwere Gefährdung der mühsam wieder angeknüpften Beziehungen, die auch für England angefaßt der fortwährenden Wirtschaftskrise, der Störung des Handels, der Arbeitslosigkeit und des Preissturzes unangenehm sind. Lloyd Georges Idee der Abführung eines Teiles des Kaufpreises deutscher Waren wird als ruhmlos angesehen. Die Ankündigung eines sofortigen Gesetzentwurfes mit rückwirkender Kraft durch Lloyd George führte eine völlige Unruhe herbei, ob selbst schwebende Geschäfte gestört werden. Die Befürchtung vor Eingriffen in Privatrechte dürfte die Zurückziehung von Guthaben aus England zur Folge haben, nachdem die Sanktionen beweisen, daß für die Alliierten Rechtschranken nicht existieren. Eine entsprechende Tendenz ist bereits bemerkbar. Gleichwohl sind selbst einflußreiche Citykreise anscheinend apathisch. Sie zucken mit den Achseln, weil es keinen Wert habe, mitzureden, so lange die Finanzfrage zu einem politischen Streit entartet ist. Die Pariser Ideen werden allgemein als phantastisch bezeichnet.

Den Vertragsbrüchigen ins Stammbuch.

* Das „Berliner Tageblatt“ erklärt: Die Befehle weiteren deutschen Gebietes bedeutet den Beginn eines neuen Krieges, der zwar nicht offen, sondern als schleichende Sabotage geführt werden wird. Und dieser Krieg geht von jenen Vätern aus, die im Bismarckbund das große Wort führten und deren Lippen von Bismarckverfälschung und von Frieden triefen. Es ist das gleiche Frankreich, das Verträge mit der Schweiz geschlossen hat und diese einfach ausstreicht, wenn sie ihm nicht mehr behagen. Diese Taten werden in der Schweiz vielen die Augen öffnen.

Amerikanische Blätter geben der Meinung Ausdruck, daß die neue Befehle wohl drückend für die deutsche Bevölkerung sei, aber mit dem Einfließen der deutschen Ausfuhrrollen würde die Entente ein großes Fiasko erleben. Es sei noch keineswegs klar, wie man sich die Kontrolle eines amerikanischen Dampfers denkt, der irgendwo deutsche Waren an Bord genommen habe. Dieser Fall werde schon bald eintreten müssen. Auch würden sich die Neutralen Europas die neue Seepolizei wohl kaum gefallen lassen.

Die Londoner „Daily News“ schreiben in einem „Eine ernste Entscheidung“ überschriebenen Leitartikel: Lloyd George hat das Angebot für eine friedliche Lösung, das von den deutschen Delegierten unterbreitet worden sei, beiseite geschoben. Lloyd George habe vollkommen vor Brian Kapitulierte. Die Anwendung von Gewalt sei in verschiedener Beziehung nicht zu vermeiden. Der Vormarsch nach Paris könne sich, ohne einige Monate vergangen seien, als Marsch zur Vernichtung erweisen. „Daily News“ protestieren zum Schluß feierlich gegen den Bankrott der Politik und den Wahnsinn, der es möglich gemacht hat, daß Europa durch die Sanktionen zusammenbricht und sagt, wenn es so kommen werde, dann werde nicht auf Deutschland der Fluch der Nachwelt lasten.

„Manchester Guardian“ bemerkt, Lloyd George habe einen Weg eingeschlagen, der in direktem Widerspruch zu den nationalen Interessen Englands stehe und einen offensichtlichen Bruch des Friedensvertrages bedeute. Der Friedensvertrag berechtige nicht zur Anwendung dieser Strafmaßnahmen.

Die „Westminster Gazette“ sagt, die Regelung der Reparationsfrage erscheine weiter entfernt als je zuvor. Das britische Volk glaube, daß der Versuch, ein 65 Millionen-Volk zu vernichten, in einer Katastrophe endigen werde, deren Hauptgewicht auf Frankreich fallen werde.

Der „Star“ schreibt, mit dem ersten Schritt der ersten Soldaten beginne die Erfüllung einer neuen Kriegsschuld und die Schaffung einer neuen Gefahr. Zugleich werde sowohl der Wille, als auch die Fähigkeit Deutschlands zu zahlen verringert.

In Schweden macht der Abbruch der Londoner Verhandlungen außerordentlich starken Eindruck. Schärfste Kritik an der Ententepolitik übt der frühere Staatsminister Branting. Er behält einen Artikel in „Socialdemokraten“, „Marxens Politik“ und führt aus: „Die Katastrophe ist also über uns, der Londoner Vertrag ist gescheitert. Marshall Foch hat jetzt das Wort. Deutschland ist soweit entwaflnet, daß für den Augenblick kaum militärischer Widerstand zu befürchten ist. Aber mit welchen Gefühlen ein großes Volk nach mehr als sechs-jährigen furchtbaren Leiden den Vormarsch der Eroberungstruppen ansieht, das mühte jeder verstehen, der nicht ganz blind ist. Die Spuren der Rache der Geschichte mühten wahrhaftig schreien. Die letzten Wahlen in Frankreich und England zeigen, wie der Wind unter den Massen bläst. Trotzdem nahm man doch die Verantwortung, die fürchterliche, auf sich. Was wird der nächste Schritt solcher Marxenspolitik sein?“ Das vielgelesene „Svenska Dagbladet“ sieht in den Maßnahmen der Entente einen Bruch des Versailler Friedens. Das Blatt glaubt nicht, daß der größere Teil der englischen Allgemeinheit die Politik Lloyd Georges auf die Dauer mitmachen wird.

Eine gründlichere moralische Einrichtung als sie die vorstehenden Stimmen darstellen, ist wohl noch an keinem Staatsmännertorquarium vollzogen worden.

Deutscher Reichstag.

* In der heutigen Reichstagsitzung wurde der Haushalt des Reichsfinanzministeriums weiter beraten. Der Rest des Etats wurde genehmigt. Bei der darauf folgenden Besprechung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern nahm außer den Abg. Dr. Braun (Soz.), Dr. v. Delbrück (Dn.) Reichsminister Koch das Wort. Weiterberatung heute Donnerstag.

Landestheater.

„François Villon.“

Die Oper hat mit der vorgestrigen Aufführung des „François Villon“ wieder Roeltes Erfindungsgeist, das vergangene Jahr hier mit so schönem Erfolge aus der Taufe gehoben wurde, dem Spielplan einverleibt. Das Werk wurde seiner Zeit so ausführlich gewürdigt, daß es sich erübrigt, nochmals auf die musikalische Bedeutung des Näheren einzugehen. Musikalisch ist es zweifellos aus einem starken Impuls heraus geschaffen, der dem Komponisten Gedanken von leidenschaftlichem Feuer und schwärmerischer Innigkeit eingegeben hat. Einzelne Szenen, so das Finale des I. Aktes, hat er mit hingebender Schwung gestaltet. In der Instrumentation, die im Ganzen zu mäßig geraten, ist er noch in starker Abhängigkeit der modernen Oper deutscher und italienischer Herkunft. Wenn Roeltes musikalische Begabung ausreicht, wird er jedoch seine persönliche Note finden, und dann wird ihm vielleicht ein Werk eigener musikalischer Prägung gelingen.

Um die Hauptrollen des François Villon und der Renore Montigny bemüht sich wieder Herr Reugebauer und Frau Tracema-Wügelmann, beide stimmlich glänzend disponiert, mit ausgezeichnetem Erfolg. Auch die Partie von Frau Rott-Sajih ist noch in bester Erinnerung. Neu war Fräulein Leibiger in der Partie der Louise. Wir besitzen in dieser jungen Künstlerin eine starke dramatische Begabung. Sie spielte das schlichte Mädchen aus dem Volke, das von hingebender Liebe zu dem verwegenen Abenteuerer erfüllt ist, mit garten Linien und doch gefühlstark. Die schwierige Sterbeszene wurde von ihr mit den einfachsten Mitteln der Mimik und Gesten zu einem Bild von ergreifender Schönheit gestaltet. Ihr Tod war ein allmähliches, sanftes Verenden. Über der Szene lag ein feierlicher Ernst. Ihr warmer, volltönender Alt kam dem Charakter der Rolle vorzüglich zu statuen. Der Gesang brachte alle feinsten Reaktionen zu starkem Mitschwingen. Auch Herr Walz-Rotta war neu in der Partie des Roel d'Armand, der er mit kräftigen Strichen zu einer sympathischen Gestalt schuf und dem er seine schönen stimmlichen Mittel mit vollem Erfolge ließ. Das Haus war nur schwach besetzt, der Beifall spärlich. Am Schluß wurde auch der anwesende Komponist gerufen.

Cugo Roller.

Die Verbilligung der Reichsverwaltung.

* Im Ausschuss des Reichstages zur Verbilligung der Reichsverwaltung gab Reichsminister Koch eingehende Darlegungen über den bisherigen Verlauf der Sparungsmaßnahmen. Präsident Carl habe Ende Dezember eine Denkschrift mit weitgehenden Vorschlägen zur Neuorganisation der Reichsverwaltung eingereicht. Die Hauptsache an diesen Vorschlägen sei die Verringerung der Ministerien, die Begründung von Wirtschaftsgebieten mit weitgehender Selbstverwaltung und Dezentralisation der Reichsverwaltung durch Ausbau der Landesfinanzämter zu Bezirksverwaltungsbehörden, die Gründung privater Organisationen zur Übernahme bisher staatlicher kultureller und wissenschaftlicher Aufgaben. Die Reichsregierung stehe einem großen Teil der Anregungen freundlich gegenüber. Er persönlich sei namentlich in der Frage der Verringerung der Ministerien in seinen Vorschlägen über die des Präsidenten Carl hinausgegangen, wenn er auch ein Gegengewicht der Aufhebung des Arbeitsministeriums sei. Die Hauptsache sei, diese allgemeinen Pläne durch bis ins einzelne durchdachte und ausgearbeitete in die Tat umzusetzen. Selbstverständlich könne ein Ministerium nicht aufgehoben werden, ehe seine Aufgabe an eine andere Stelle abgegeben oder etwa befristet sei, auf die Lösung dieser Aufgaben durch die Regierung ganz zu verzichten. Die Entscheidung über diese Fragen könne nicht durch eine einzelne Persönlichkeit getroffen werden, sondern müsse bei ihrer ungeheuren politischen Tragweite Reichstag, Reichsrat und Reichsregierung zur Beratung überlassen bleiben. Darum habe die Regierung beschlossen, eine Kommission aus je sechs Mitgliedern dieser Organe einzuberufen. Daneben müsse eine weitestgehende Kleinarbeit geleistet werden, die sich namentlich darauf zu beziehen habe, die doppelte Bearbeitung dieser Gegenstände in mehreren Ministerien des Reiches und in Preußen zu beseitigen, auf eine vernünftige Arbeitsmethode hinzuwirken, in die Aberteile der Kriegsorganisationen hineinzuleuchten, um ihren schnelleren Abbau zu betreiben, überflüssige und kostspielige Bezirke zu beseitigen usw. Auf diese Frage werde die neugebildete Kommission ihr Augenmerk zu richten haben. Die Reichsregierung habe beschlossen, die in die Kommission von ihr entsandten Mitglieder anzurufen, in dieser Richtung baldigst tätig zu werden.

Die Koalitionbestrebungen in Preußen.

In den interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen ist nach einer Meldung der „D. Fr.“ die Wiederherstellung der alten Koalition nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten halten den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für unbedingt notwendig. Da dies die Sozialdemokraten ablehnten, konnte eine Einigung über die Regierungsbildung nicht erzielt werden. Man wird vermutlich von der Möglichkeit des § 159, Absatz 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und von dem bisherigen Kabinett die laufenden Geschäfte weiterführen lassen bis zur endgültigen Bildung einer etwaigen Koalition, die sich wahrscheinlich bis nach Ostern hinziehen wird. Der zusammengetretene preussische Landtag wird sich nur mit der Wahl des Reichspräsidenten und der drei Vizepräsidenten befassen. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ erfährt, hat die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Anregung der Deutschnationalen zur Bildung einer rein bürgerlichen Regierung dahin beantwortet, daß sie bereit ist, sich an einer Koalition auf möglichst breiter Grundlage zu beteiligen.

Die Ausschreitungen des Freikorps Hulock.

Das Material gegen die angeklagten Aulock-Soldaten nimmt, so berichtet die „Berl. Fr.“, einen immer größeren Umfang an, statt sich zu erschöpfen. In den Aussagen der Mißhandelten werden immer neue Opfer erwähnt, die dann zur Vernehmung geladen werden. Einige dieser Zeugen antworteten auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie sich nicht gemeldet haben, daß sie das Vertrauen zur Rechtsprechung verloren hätten. Die Entlastungszeugen befanden übereinstimmend, daß sie nichts wissen und nichts gesehen haben. Sie machen durch die Bestimmtheit, mit der sie sich in denselben Worten und denselben Zeitangaben an gewisse entlastende Dinge erinnern, während sie sich an gewisse Dinge, wie stattgehabte Mißhandlungen, überhaupt nicht erinnern wollen, den Eindruck, einer Beeinflussung unterlegen zu haben, einen Eindruck, den auch der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter empfangen haben will. Die Belastungen berichten von erduldeten Mißhandlungen in immer neuen Variationen. Eine Frau, die die Inhaftierung ihres plötzlich verhafteten Mannes beteuerte, wurde mit dem Kolben gestochen, während ein Leutnant dazu rief: „Stoß sie nieder!“ Ein Offizier schrie auf

Die Neuerwerbungen der badischen Kunstballe.

In Rahmen der gegenwärtigen Ausstellungen sind, so schreibt man uns, eine Anzahl der Neuerwerbungen ausgestellt, die insbesondere dem Ausbau der Abteilung der Nazarenen zugute kommen. Die Kunst der Nazarenen war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verheerend durch die Sammlung begonnen worden durch die Erwerbung einer Reihe vortrefflicher Kartons dieser Zeit, die bei der Neuordnung in einem geschlossenen Raum ihre Anordnung finden werden. Diese Kartonsammlung war berühmt und erfuhr von vielen hochkundigen Besuchern im Laufe des 19. Jahrhunderts begeisterte Würdigung. Neben der Kartonsammlung war die Kunst der Nazarenen nur in mehr oder minder charakteristischen Beispielen vertreten, unter denen Werke von Oberbeck, Steink und Glienther hervorragen. So traf es sich besonders günstig, daß gerade in diesem Augenblick, in dem die Kunst der Nazarenen neue Geltung sich eroberte, der Ausbau dieser für die badische Kunstballe wertvollen und charakteristischen Abteilung dank der vielfältigen, außerordentlichen Unterstützung der Vorbesitzer wirksam vollzogen werden konnte. Die weitaus größte Anzahl dieser Bilder, Studien und Zeichnungen konnte aus Stiftungsmitteln erworben werden. Die Ausstellung selbst hat Freunde der Kunst der Nazarenen bemerkt, zwei weitere Werke des sächsischen Künstlers Beschler der badischen Kunstballe zu stiften. Den Persönlichkeiten, die sich um die Vereinerung der Kunstballe auf diese Weise ein heilendes Verdienst erworben haben, gebührt nicht nur der Dank der Direktion, der in anderer Form an anderer Stelle abgetatet wird, sondern vor allem auch der Dank aller wahren Kunstfreunde.

Die Technische Hochschule hier hat die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen an Heinrich Benzinger (M) in Freiburg i. B. in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung des Beton- und Eisenbetonbaues und um die Gründung und Ausgestaltung des Deutschen Betonvereins und an Verlagsbuchhändler Leo Polawitz in Leipzig wegen seiner Verdienste um die Herausgabe wissenschaftlicher, insbesondere chemischer und physikalischer Literatur.

einen Verhafteten, der jüdischen Verbindung „Thuringia“ angehörigen Studenten, ein: „Auch Du Schwein, Du ein Akademiker, ihr von der „Thuringia“ werdet morgen alle aufgehängt.“ In diesem Studenten wurden blutige Striemen festgestellt. Ein Zeuge sagt aus, daß die Offiziere die rohen Handlungen eines Angeklagten, der ihm ins Gesicht spuckte, ihn mit der Faust schlug und mit Füßen trat, durch ermunternden Jurist: „So ist's recht!“ unterstützt haben. Ein Eingekerkelter wurde so geprügelt, daß er bat, man solle ihn totschlagen.

Immer neues Material in nicht endenwollender Fülle wird vorgebracht. Dann aber wird das Bild von der entschlossenen Robheit der Angeklagten groß, als der Verteidiger die Mitteilung machte, daß sieben dem Angeklagten Walter vom Generalkommando die Dienstausschreibung erster Klasse verliehen worden sei.“

Die Lage des österreichischen Volkes.

* Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Bericht der nach Wien entlandenen Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes, die die Untersuchung der Möglichkeiten eines Wiederaufbaues und der Lage der Arbeiterklasse vornehmen soll. Die Kommission stellt zunächst die erschreckende Unterernährung der breiten Schichten der Bevölkerung fest, den herabgekommenen Zustand der Kleidung, den ungeheuren Wohnungsmangel, den schlechten Zustand der Häuser und die Unmöglichkeit der Steigerung der Einkommen in einer Weise, die den erhöhten Kosten der Lebenshaltung Rechnung tragen würde. Die Kommission kommt zu dem Schluß, daß der Zustand des Staates und seiner Bevölkerung ein geradezu verzweifelter ist. Eine Katastrophe sei unvermeidlich, wenn nicht in kürzester Zeit Hilfe gebracht werde. Die Kommission ist überzeugt, daß die eigentlichen Gründe dieses Zustandes in den Friedensverträgen von St. Germain und Versailles zu suchen sind, die eine unbedingte Änderung erfahren müßten, um dem verarmten Staate Österreich die unumgänglich nötigen Erleichterungen zu geben.

Graf Bothmer und die bayerische Königspartei.

Aber die Bayerische Königspartei ist eine schwere Krise herangebrochen. Nachdem, veranlaßt durch das Schreiben des Grafen Bothmer, der seit geraumer Zeit die tatsächliche Führung der Königspartei und die eigentliche Leitung des „Bayerischen Königsboten“ an sich gerissen hatte, unlängst eine Anzahl führende Persönlichkeiten aus der Partei ausgetreten sind, hat nunmehr die Affäre Bothmer die Gesamtsituation in Mitleidenschaft gezogen. Die Affäre bildet laut „Berl. Fr.“ hauptsächlich die zweifelhafte Herkunft der aus den Witteken Dr. Dornens stammenden, durch Vermittlung des Grafen Bothmer der Königspartei zugeführten Gelder.

Die Mehrheit des Reichsausschusses, der Landesvorstand der bayerischen Königspartei sowie eine Anzahl Mitglieder des Landesvorstandes, Landesauschusses und fast sämtlicher Kreisauschüsse erlassen nunmehr in der „Bayerischen Staatszeitung“ eine Veröffentlichung, in der sie feststellen, daß die vom Grafen Bothmer in der Sitzung des Landesauschusses vom 19. Februar feierlich abgegebene Erklärung in Sachen der Pressengriffe gegen ihn zu Grundtugungen geführt haben, deren Ergebnisse die Unterzeichneten nicht zu beruhigen vermögen. Die schon seit langem unter dem unheilvollen Einfluß des Grafen Bothmer stehende Handlungsweise des ersten Landesvorstandes der bayerischen Königspartei, Mayer-Kay, finde seit geraumer Zeit die schärfste Mißbilligung breiter Kreise der Partei. Insbesondere habe die bis heute ungeklärte Herkunft bestimmter Gelder das Vertrauen der eheliebenden und national denkenden Mitglieder aufs tiefste erschüttert. Mit Rücksicht auf die Verdienste, die sich Mayer-Kay durch Gründung der bayerischen Königspartei in schwerster Zeit erworben habe, hätten die Unterzeichneten lange Zeit versucht, auf gutlichem Wege Mayer-Kay von dem Einfluß des Grafen Bothmer zu befreien.

Da diese Verurteilung vergeblich gewesen seien, hätten die Unterzeichneten beschlossen, Herrn Mayer-Kay vom Amte des ersten Landesvorstandes zu entsetzen und den Grafen Bothmer als aus der Partei ausgeschlossenen zu betrachten. Die Leitung der bayerischen Königspartei (Bayernbund der Königstreuen) gehe vorerst auf die Kreisverbände über, zu deren Obmann bis zur endgültigen Verbilligung durch den Landesauschuß Herr Eugen Graf (Ansbach) bestimmt wurde. Diese Erklärung werde in aller Öffentlichkeit abgegeben, weil die Unterzeichneten es als Gewissenspflicht empfänden, daß die Gutgläubigkeit der Mitglieder auch keine Stunde weiter zu Unrecht in Anspruch genommen werde.

Zu dieser Kundgebung erlassen die Herren Mayer-Kay als bisheriger erster Landesvorstand, und Freiherr v. Müller-Snadeneck als erster Schriftführer eine Gegenerklärung, in der sie jene Beschlüsse als ungültig bezeichnen. Es sei unwahr, daß die Beschlüsse von der absoluten Mehrheit des gegenwärtigen Reichsausschusses gefaßt worden seien. Am kommenden Sonntag werde in München die sachgemäß gewählte Landesvorstandsschaft zusammenzutreten, um zu der Aktion Stellung zu nehmen.

Ersatzwahlen in England.

Bei der Nachwahl in Penistone wurde der Kandidat der Arbeiterpartei, Aldermann Gillis, mit 8560 Stimmen gewählt. Der unabhängige Liberale Bringle erhielt 7984, der Koalitionsliberale Ginchiffle 7123 Stimmen. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit die dritte Ersatzwahl bei der die Arbeiterpartei erfolgreich erlangte: In Kirkcaldy erhielt der Arbeiterkandidat Kennedy 1476 Stimmen mehr als der Koalitionsliberale, und in Dudley siegte der Arbeiterkandidat Wilson mit 276 Stimmen über den Koalitions-Unionisten.

Badische Webersicht.

Badischer Landtag.

F. Karlsruhe, 10. März.

Der Badische Landtag beendete heute in seiner 31. öffentlichen Sitzung die Beratung des Entwurfes über das Landwirtschaftskammergesetz. In der Aussprache ergriffen für die Demokraten die Abg. Schön und Biehlauer, für das Zentrum die Abg. Engelhardt, Straub, Spang, Bierneisel und Duffner, für die Sozialdemokraten die Abg. Kurz und Ged das Wort.

Minister Remmelte machte von der Regierungsbank aus folgende Ausführungen:

Wir werden uns bemühen, die Wahlen zur Landwirtschaftskammer zu beschleunigen, aber ob wir sie im April durchführen können, können wir nicht versprechen. Nicht nur den akademisch gebildeten Landwirtschafts- und Forstlehrern, sondern auch den Fachlehrern steht das Wahlrecht zu. Die badische Landwirtschaftskammer hat vor und während des Krieges jährlich 40 000 R. Zuschüsse von der Regierung erhalten. Nachdem die Landwirtschaftskammer durch Kriegseinstellungen

hohe Einnahmen hatte, wurden die Zuschüsse eingestellt. Ich habe die Auffassung, daß die Angriffe gegen die Landwirtschaftskammer der geschäftlichen Konkurrenz derselben entsprechen. Die rein geschäftlichen Unternehmungen der Landwirtschaftskammer, die ihrem Wesen fern liegen, müssen den zuständigen Stellen überlassen bleiben, wenn wir über die Streitigkeiten hinwegkommen wollen. Die Landwirtschaftskammer wird immer Angriffen ausgesetzt sein, weil die Privatinteressen nicht dabei zu ihren Zielen kommen. Es würde von ihr auch Aufgaben gelöst, mit denen man zufrieden sein kann. Über die Frage der Zuständigkeit und der Kontrolle läßt die Regierung nicht mit sich handeln. Man ist sich wohl über das Maß unseres Finanzengels nicht klar, weshalb man auch die Forderung von 600 000 M. Zuschüssen gestellt hat. Ministerium des Innern und Landtag müssen die Möglichkeit haben, die Verwendung der Zuschüsse zu kontrollieren. Die Landwirtschaft muß gefördert und die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer auf die ihr zuständigen Aufgaben zurückgeführt werden.

In der Einzelberatung wurden die Paragraphen des Gesetzes angenommen, ferner ein Antrag des sozialdemokratischen Abg. Sed, wonach bei wichtigen Bestimmungen der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer über wirtschaftliche Unternehmungen die Zustimmung des Ministeriums des Innern eingeholt werden soll. Die Gesamtbestimmung wurde auf Antrag des Abg. Dr. Schofer (Zentr.) auf heute nachmittag beschlossen.

Ein Antrag des Abg. Duffner (Zentr.) über die Errichtung eines Hofratsamtes wurde nach der Begründung durch den Antragsteller einer Anregung des Abg. Dr. Goltz auf Folge dem Haushaltsauschuss zur Beratung zugewiesen. Um 1 Uhr vertagte sich das Haus auf heute nachmittag 3 Uhr.

Das Kurzwort. Wie schon berichtet, hat der Landtag in seiner gestrigen Vollversammlung den 2. Nachtrag zum Voranschlag des Kurzwortes ohne Aussprache angenommen. Der Voranschlag war aber vorher in einer Sitzung des Haushaltsauschusses recht eingehend beraten worden. Das Oberland stellte die Forderung, in gleicher Weise elektrischen Strom von der staatlichen Zentrale zu erhalten, wie das Unterland. Ein Regierungsvertreter machte darauf aufmerksam, daß das Kurzwort sich zum Mittelpunkt der Elektrizitätsversorgung des badischen Landes ausgewachsen habe. Für den 2. Ausbau des Kurzwortes, bei dem die Schwarzengasse durchgeführt wird, seien bereits die Vermessungen, die Geländeaufnahme und die Schürfungen für Steingewinnung ausgeführt. Ein Teil der Straßenverlegungen am Schwarzengassen soll am 1. Juli fertiggestellt sein. Auf eine Anfrage erklärte ein Regierungsvertreter, daß der Preis für Licht- und Kraftstrom im ganzen Lande gleichmäßig erhoben werden; nur die Anlagelosten seien verschieden.

Die Ruhegehaltsempfänger und die Beamtenhinterbliebenen.

In der Mannheimer „Volksstimme“ schreibt Abg. Weismann u. a. folgendes:

Der badische Landtag hat am vorigen Dienstag nach kurzer Debatte einem Gesetzentwurf seine einstimmige Zustimmung gegeben, der in seiner materiellen Auswirkung für einen Teil der badischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und ihrer nächsten Angehörigen von großem Interesse ist. Die unter der ständigen Geldentwertung schwer leidenden pensionierten Beamten, sowie die hinterlassenen Ehefrauen und die Kinder verorbener Beamten erhalten durch ihn eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge, welche die meisten dieser aus dem wirtschaftlichen Prozeß der Produktion ausgeschalteten zwar nicht in den Stand setzt, ein finanziell gesichertes Dasein zu führen, ihnen dieses selbst aber doch etwas erleichtert.

Die grundlegende Bedeutung des verabschiedeten Gesetzes liegt in den §§ 1 und 2. Danach werden die Akt- und Pensionäre in ihren Bezügen gleichgestellt. Diese Bezüge sollen so geregelt werden, wie wenn die betreffenden Beamten bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienste nach dem am 1. April 1920 in Kraft getretenen Besoldungsgesetz besoldet gewesen wären. Eine ähnliche Regelung ist für die Witwen und Waisen verorbener Beamten vorgesehen. Es liegt auf der Hand, daß damit eine ziemliche Besserstellung der derzeitigen Ruhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen durch den Beamten-Gehalts-Unterschied erhalten hat, denn die Gehälter der zurzeit in Baden tätigen Beamten mußten in den letzten zwei Kriegsjahren wegen der gestiegenen Steuererträge ständig erhöht werden. Befanlich berät ja zurzeit der Landtag wieder eine Vorlage, die eine Ergänzung zur Besoldungsordnung vom 1. April 1920 darstellt. Der deutsche Reichstag stellte sich im Dezember vorigen Jahres auf diesen durchaus zu billigen Standpunkt, obwohl damit eine hohe Mehrausgabe verbunden war, und der badische Landtag ist diesem rühmenswerten Beispiel gefolgt. Und das ganz verständlich, obwohl ein Teil der Pensionäre in ihren politischen Anschauungen für das alte System, das sie oft mit geradezu jämmerlichen Pensionbezügen abgeheißt hat, alles, für das neue System oft nur schärfste Kritik übrig haben.

Sowohl im Haushaltsauschuss wie in der Vollversammlung des Landtages trat jede einzelne Partei nach besten Kräften für die Regierungsvorlage ein und vermied es, ihr Partei-süßchen an der Notwendigkeit des in diesem Falle unbedingt gebotenen staatlichen Eingreifens zu kosten. Nur in dem Punkt der Vermehrung zu hoher Pensionen für die früheren Minister und sonstigen hochgestellten Personen trat die sozialdemokratische Fraktion im Haushaltsauschuss abweichend ein. Sie schlug vor, hier die allgemeine Bestimmung des Gesetzes, daß die Pensionen der alten Minister und höheren Beamten nach den Gehältern der neuen Minister und höheren Beamten bemessen werden, außer Kraft zu setzen, denn es soll nur die Not der Pensionäre gelindert, nicht aber übermäßig hohe Ruhegehälter bezahlt werden. Die andere Partei stimmten dem Vorschlag zu, und so war es möglich, diese Ministerpensionen, welche durch die November-Revolution des Jahres 1918 sich ergeben haben, wesentlich niedriger zu halten. Es erhält jetzt ein früherer Minister einen Ruhegehalt von 22 000 M., einen gesetzlichen Teuerungszuschlag von 12 871 Mark, zusammen also 34 871 Mark. Die Witwen von früheren Ministern, wie überhaupt die Frauen früherer höherer Staatsbeamten erhalten 9000 M. und vorgeschriebene Teuerungszulage von 12 871 M., zusammen 21 871 M. Auch bei diesen Beträgen ist gegenüber den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Ruhegehaltsempfänger eine Kürzung vorgenommen worden.

Aber nun die Berechnung der neuen Ruhegehaltssätze. Da sind überaus große Schwierigkeiten zu überwinden; der Haushaltsauschuss hat sich deshalb am Freitag nachmittag in einer mehrtägigen Sitzung mit ihm von der Regierung vorgelegten Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Pensionengesetz beschäftigt. Man verzeihewürdige sich, daß für jeden der pensionierten Beamten — und ihre Zahl beträgt mehrere Tausend, das sogenannte Besoldungskalter bis zum und nach dem 1. April 1920 ausgerechnet werden muß, daß nachzurechnen ist, welche Bezüge die Witwen und Waisen verorbener Beamten nach den Grundprinzipien des Gesetzes

zu beanspruchen haben. Denn sie erhalten einen Zuschuß zu ihrem bisherigen Witwen- und Waisengeld in der Höhe des Unterschiedsbetrages, als wenn der verstorbene Beamte bei seinem Ausscheiden aus der zuletzt von ihm bekleideten Stelle nach dem Besoldungsgesetz vom 1. April 1920 bezahlt gewesen wäre. Es sind also langwierige Erhebungen vorzunehmen, die Personalakten nachzuprüfen und die Möglichkeit von Beförderungen zu erfüllen, die sich beim besten Willen nicht in wenigen Tagen erledigen lassen. Der Landtag hat deshalb in einer angenommenen Resolution auch die baldige Auszahlung von Vorzuschüssen vorgesehen, sobald in dem in Kürze vorzuliegenden 3. Nachtrag die vorgesehenen Mittel bewilligt sind. Die Auszahlung kann mit gutem Gewissen erfolgen, denn die Pensionäre und die Beamtenhinterbliebenen erhalten Rückzahlungen, da wie schon bemerkt, das neue Pensionengesetz ab 1. April 1920 gilt. Die größte Not rasch zu lindern, ist Zweck und Ziel des Gesetzes.

Natürlich sind auch Sicherungen gegen seine mißbräuchliche Ausnutzung nötig. Die Ruhegehaltsempfänger, welche nach ihrem 65. Lebensjahr aus dem Staatsdienste ausscheiden, und ihre Pension erhalten, sollen — drastisch ausgedrückt — nicht zu Sohn- und Gehaltbrüdern werden. Ihre Pension darf sie nicht in die Lage setzen, in die Privatindustrie oder in sonstige Unternehmungen einzutreten und anderen nichtpensionsberechtigten Staatsbürgern Arbeit und Beschäftigung wegzunehmen. Wegen treten die Ausführungsbestimmungen, entsprechende Vorkehrungen.

So ist denn wiederum ein Gesetz geschaffen worden, das dem Zwecke dienen soll, aus Deutschland allmählich eine soziale Republik zu machen. Die politische Demokratie erfüllt ihre Aufgabe nur in sehr beschränkter Maße, wenn die Verbesserung der materiellen Lage einzelner Volksschichten nicht mit dem nötigen Verständnis gefördert wird. Die Tat soll erweisen, daß das neue Regime denn doch an sozialer Einsicht und an nie verlagene Hilfsbereitschaft gegenüber den Räten des Volkes dem alten Regime turmhoch überlegen ist.

Tagung des Verbandes badischer Arbeitsnachweise.

LPD. Der Verband badischer Arbeitsnachweise hielt jüngst in Freiburg eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Sauer-Karlsruhe ab. Den Verhandlungen wohnten Vertreter des badischen Arbeitsministeriums, des Landesamts für Arbeitsvermittlung und des Statistischen Landesamts bei. Außerdem waren das württembergische Landesamt und der Verband bayerischer Arbeitsnachweise vertreten.

Die Verbandsversammlung nahm zuerst Stellung zu dem im Januar d. J. eingerichteten staatlichen badischen Landesamt für Arbeitsvermittlung, das die wesentlichen Aufgaben, die sich der Verband badischer Arbeitsnachweise gestellt hat, übernahm. Die Verbandsversammlung hatte als erste Aufgabe die Frage zu lösen, ob noch ein Bedürfnis für das Reichsverband des Verbandes vorliege, was einstimmig bejaht wurde. Der Verband wird jedoch seine Sitzungen ändern und sich künftig darauf beschränken, die Interessen der Gemeinden, soweit die gemeinlichen Arbeitsnachweise in Frage stehen, dem Staat gegenüber zu vertreten. Der Verband ist der Auffassung, daß damit auch den staatlichen Interessen gebiet ist, da die Staatsbehörden in allen Fragen des Arbeitsnachweises nur mit einem einheitlichen Verband zu arbeiten brauchen. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde der Geschäftsführung Entlastung für die Rechnungsführung erteilt.

An die Verbandsversammlung schloß sich eine Verwaltungsbekämpfung an. Die Direktoren der größeren badischen Arbeitsämter hatten Referate übernommen und behandelten die zu erwerbende gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen, die Berufsberatung und Behelfstellenermittlung und schließlich auch die Erwerbslosenfürsorge und den Arbeitsnachweis. An die Referate schloß sich eine lebhafte Aussprache an, die folgende Entschlüsse als Ergebnis hatte:

„Das Landesamt für Arbeitsvermittlung ist die einzige berufene Stelle in Baden, die die Leitung der Berufsberatung und Behelfstellenermittlung in Baden als Zentralfstelle zu übernehmen hat. Die von Mannheim aufgestellten Richtlinien werden als geeignete Grundlage für die Neuorganisation der Berufsberatung und Behelfstellenermittlung in Baden angesehen. Die Richtlinien sollen dem badischen Landesamt für Arbeitsvermittlung überlassen werden zur weiteren Behandlung der Angelegenheit im Einvernehmen mit dem Verband badischer Arbeitsnachweise.“

Zu der geplanten Aufhebung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen nahm die Verbandsversammlung mit nachstehender Entschlußfassung Stellung:

Die Versammlung kann sich mit der Aufhebung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 20. April einverstanden erklären, aber nur, wenn den Arbeitsnachweisen diejenigen gesetzlichen Mittel an die Hand gegeben werden, die es ermöglichen, in ähnlicher Weise wie bisher auf dem Arbeitsmarkt sozial gerecht ausgleichend zu wirken und gegen die übermäßige Belastung des örtlichen Arbeitsnachweises durch auswärtige Arbeitskräfte wirksam Einspruch zu erheben. — Die Versammlung ist damit einverstanden, daß den Arbeitsämtern am Orte eines Demobilisierungsausgleichs dessen Aufgaben übertragen werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die dadurch entstehenden Kosten von der Staatskasse übernommen werden.“

Kurze Nachrichten aus Baden.

BL. Eine „Steuerberatungsstelle für Landwirte“. Da die Steuerfrage zurzeit im Vordergrund der Interessen der Landwirtschaft stehen, hat der Badische Bauernverein Freiburg für seine Mitglieder eine „Steuerberatungsstelle“ eingerichtet, die unter der Leitung eines sachverständigen Steuerjuristen steht.

Für die Reise nach Oberschlesien. Man schreibt uns: Bei den Prüfungsstellen beim Eintritt nach Oberschlesien zur Abkündigung findet eine scharfe Unternehmung des Gepäcks zur Vermeidung des Waffensmuggels statt. Es empfiehlt sich, daß die Reisenden zur Vermeidung einer gewaltsamen Öffnung des Gepäcks sich am Radwagen an der Bahnprüfungsstelle einfinden, und das Gepäck auf den Zielstationen möglichst bald abholen lassen.

Aufhebung der Fremdenverkehrsbeschränkungen? Auf eine Eingabe des Badischen Verkehrsverbandes um Beseitigung aller Fremdenverkehrsbeschränkungen hat das Ministerium des Innern einer Korrespondenzmeldung zufolge geantwortet, daß in allererster Zeit über die Regelung des Fremdenverkehrs im Sommer 1921 eine Aussprache unter den süddeutschen Staaten stattfinden wird. In Bayern wurde vom bayerischen Landwirtschaftsministerium ausgeführt, daß man hoffe,

in kurzer Zeit die noch bestehenden Beschränkungen außer Kraft setzen zu können, sofern die übrigen süddeutschen Staaten sich anschließen würden.

LPD. Heidelberg, 9. März. Die Finanzierung der süddeutschen Kanalpläne vom Rhein zur Donau über den Neckar macht erfreuliche Fortschritte. Die ersten 10 Millionen sind in wenigen Tagen gezeichnet worden. In den allerletzten Tagen haben sich die württembergischen Industriellen und die Stuttgarter Banken bereit erklärt, das Finanzierungsprojekt zu unterstützen.

LPD. Heidelberg, 8. März. Ein Mann aus Ludwigshafen, der im Eisenbahnzug von hier nach Jagstfeld Leute zur Fremdenlegion anwerben wollte, wurde verhaftet.

LPD. Mannheim, 9. März. Der Badische Bauernverein schreibt für den 1., 3., 5. und 8. Mai sein Frühjahrsmeeting aus. Gelassen werden 28 Rennen mit Gesamt-Preiswerten von über 600 000 M. „Badenia“ als Herrenreiten mit 40 000 Mark und „Preis der Stadt Mannheim“, ein Zuchtreiten mit 22 000 M., sind die Hauptrennen.

LPD. Mannheim, 9. März. Nachdem die Kartoffelbestände der Stadt aufgebraucht sind, ist hier wieder eine große Kartoffelnot eingetreten, da bisher neue Vorräte nicht beschafft werden konnten.

LPD. Pforzheim, 8. März. Ein schweres Verbrechen, ein Mord, ist in dem Nachbarort Düren verübt worden. Der 22jährige frühere Goldarbeiter Fritz Mohrhardt aus Pforzheim hatte schon längere Zeit ein Verhältnis mit der 23jährigen Tochter des Geschäftsführers Gustav Schwarz, dem ein Kind entsprossen ist, das jetzt ein Jahr alt ist. Mohrhardt hatte sich schon seit einiger Zeit seiner Verpflichtungen gegenüber dem Mädchen entzogen, es aber auf jeden Sonntag in die Nähe von Pforzheim bestellt. Von dieser Zusammenkunft kehrte das Mädchen nicht mehr zurück. Es wurde am Montag nachmittag erschossen aufgefunden. Als Täter wurde Mohrhardt verhaftet, der auch die Tat eingestand. Er hatte das Mädchen durch zwei Schüsse in den Kopf und einen Schuß in die Brust getötet, um nicht für das Kind sorgen zu müssen.

Aus der Landeshauptstadt.

Der erste Abstimmungszug nach Oberschlesien.

Heute früh 5½ Uhr nahm der erste Abstimmungszug nach Oberschlesien einen Teil der in Baden, besonders in Karlsruhe ansässigen Oberschlesler auf. Aus dem Oberlande und der Schwäbisch brachte der Auleitungszug die Abstimmungsberechtigten, die bei Einfahrt in den mit deutschen und badischen Fahnen geschmückten Bahnhof mit Rufen begrüßt wurden. Herr Stadtrat Jakob, als Geschäftsführer der Zweigstelle Karlsruhe des Schutzbundes für Grenz- und Auslandsdeutsche, richtete zur Verabschiedung an alle zur Rettung der Heimat Eilenden herzliche Worte mit dem Dank Badens für die Opfer, die sie um das Vaterland bringen. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß der Redner. Der Vorsitzende des Karlsruher Vereins der Oberschlesler, Herr Krauß, richtete nochmals einen flammenden Bedruf an die in die Heimat Abfahrenden mit einem Hoch auf die zweite Heimat, das Badnerland. Herr Telegraphensekretär Anders dankte für die Begrüßung und Erfrischung mit dem Bemerken: Wir werden deutsch fühlen, deutsch denken und deutsch handeln. Sein Hoch galt der Stadt Karlsruhe. Unter den Klängen eines Musikstückes setzte sich der Zug in Bewegung mit den besten Wünschen für einen vollen Sieg des Deutschtums.

Badische Gemeindefchau.

LPD. Pforzheim, 9. März. Dem Bürgerausschuss ist ein städtisches Bauprogramm für die Jahre 1921 bis 1926 vorgelegt worden. Es sollen in dieser Zeit 1018 Wohnungen mit einem Aufwande von etwa 63 Millionen Mark erstellt werden.

LPD. Peterstal, Amt Heidelberg, 9. März. Beim 2. Wahlgang der Bürgermeisterwahl am Sonntag wurde der Kandidat des Zentrums, Gemeinderat Ott, gewählt.

LPD. Bellingen, 9. März. Der Gemeinderat hat beschlossen, zur Erstellung weiterer Neubauten durch die Baugenossenschaft bis zu 2 Millionen Mark als vorläufigen Baugeldzuschuß beim Bürgerausschuss anzufordern. Daneben wird als Baugeldzuschuß zu dem Neubau für Gendarmereibeamte der ungedeckte Aufwand mit rund 160 000 M. übernommen.

Freie Aussprache.

(Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik Besprechungen und Anregungen aus allen Parteien, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Rubrik außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.)

„Studentenschaft und Burschenschaft“.

Zu den diesbezüglichen Ausführungen des Herrn stud. phil. Otto Helmut Burdhardt soll folgendes erwidert werden:

Es dürfte allmählich veraltet sein, Beschlüsse des Eisenacher Burschentages von einer Seite anzugreifen, von der sie sachlich nicht mehr anzugreifen sind. Der Verfasser lebt offenbar in bedauerlicher Unkenntnis der Widerlegungen, die die Deutsche Burschenschaft schon im November vorigen Jahres veröffentlicht hat. — Jedenfalls halten wir es für überflüssig, uns an dieser Stelle nochmals darüber zu verbreiten. Wir nehmen an, daß alle, die bemüht sind, ein gerechtes Urteil sich zu bilden, unsere Rechtfertigung in Nr. 2 der „Burschenschaftl. Blätter“ des W. A. 1920/21 gelesen haben. An die andern wenden wir uns nicht.

Was unser Führertum innerhalb der akademischen Jugend und des gesamten deutschen Volkes betrifft, so bemüht man sich wieder einmal, offene Türen einzuräumen. Wir sind gar nicht so anmaßend, immer und überall die Führerschaft zu verlangen. Man mag in Erwägung ziehen, daß die Burschenschaft stets das Bestreben hatte, den Forderungen der Zeit sich anzupassen und nur die Rücksicht auf das Wohl des Ganzen als Grundlage ihrer Arbeit anzunehmen: War es vor Zeiten ein Gebot der Stunde, allein zu führen und allein Verantwortung zu tragen, so gilt es heute für die Deutsche Burschenschaft, Mitführerin zu sein, ihre ganze, ungeschwächte Kraft und hohe Pflichtauffassung gemeinsam mit andern, inzwischen gewachsenen Kräften auszuüben. Das bedeutet nicht Niedergang, sondern inneren Aufschwung. Darum sind wir stolz auch auf unser neues Sein. Und es dürfte schwer fallen, der Burschenschaft das Recht und die Befähigung zu solch gemeinsamer Arbeit abzuspochen, insbesondere, da sie dabei anerkanntermaßen eine hervorragende Rolle spielt.

Georg Jini, stud. elekt.
(Burschenschaft „Arminia“, Karlsruhe)

Badische Zeitungsstimmen.

Die von Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein richtiges Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

Ein unerhörter politischer Skandal.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Freiburger Bot“ u. a.: „Der Abgeordnete Erzberger hat in einem Schreiben an den Reichstag betreffend Steuerhinterziehung von einem politischen Skandal gesprochen, der gegen ihn seit über einem Jahre verübt werde. Daß er kein Wort zuviel gesagt habe, haben die Verhandlungen des Geschäftsausschusses ergeben, über die in der „Germania“ berichtet wird. Reichsfinanzminister Dr. Wirth legte auf Grund der Akten dar, daß sowohl das zuständige Finanzamt wie der Präsident des Landesfinanzamtes wiederholt nach eingehender Untersuchung befunden haben, daß Erzberger sich keiner Steuerhinterziehung schuldig gemacht habe. Ja, der Präsident des Landesfinanzamtes hat sogar ausdrücklich erklärt, daß Erzberger in einigen Fällen mehr Steuern bezahlt habe, als notwendig gewesen sei. Damit könnte für jedermann die Sache erledigt sein und sie müßte auch für die Staatsanwaltschaft ein Ende gefunden haben.“

Als Dr. Wirth die aktenmäßigen Darlegungen machte, gab es in der Kommission auf der rechten Seite ungemein lange Gesichter. Man hatte doch über ein Jahr so bequem gegen Erzberger wegen der Steuerhinterziehung gehandelt — und nun wird mit einem Male klar, daß alles unwahr und Verleumdung ist. Das ganze Lügengewebe brach zusammen. Einen solchen Skandal hat man in den letzten 50 Jahren kaum erlebt. Reichsfinanzminister Wirth hat auch alle die Angaben bestätigt, die wir vor einiger Zeit veröffentlicht haben. Erzberger ist absolut gerechtfertigt. Wie aber stehen seine Gegner da? Diesen Skandal wollen wir noch an einigen Tatsachen feststellen:

1. Der Diebstahl der Steuerakten Erzbergers hat bis heute keine Sühne gefunden. Ja, man hat sogar erfahren, daß die in der Voruntersuchung gehörten Beamten und anderen Personen nicht einmal berechtigt worden sind. Es steht weiter fest, daß durch diesen Diebstahl der Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Buelck, sein ganzes Material erhalten hat.

2. Derselbe Buelck geht dann hin und scheut sich nicht, auf Grund des gestohlenen Materials eine Denunziation gegen Erzberger einzureichen. Diese Denunziation auf Grund gestohlener Akten ist die ganze Grundlage für die über ein Jahr dauernde Untersuchung. Sonst schenkt man Denunzianten nicht solche Beachtung, zumal dann nicht, wenn sie kein neues Material vorbringen können, wie es hier der Fall ist.

3. Aus den Darlegungen des Reichsfinanzministers geht einwandfrei hervor, daß der Denunziant Buelck mit dem Abtei-

lungsleiter Falkenhayn beim Landesfinanzamt Groß-Berlin direkt oder indirekt in enger Beziehung steht. Buelck hat dieselben unwahren Behauptungen in der „Kreuzzeitung“ noch vor einigen Tagen veröffentlicht, welche Falkenhayn auch in seinen amtlichen Berichten sich zuschulden kommen ließ. Falkenhayn beantragte, die Steuerhinterziehung an die Staatsanwaltschaft abzugeben mit Rücksicht auf die Presseerörterungen und die politische Bedeutung des Falles. Es ist also hier ein Intriguenstück ganz ungeheuerlicher Art enshüllt worden. Der Mann, der nur durch Diebstahl sein Material bekam, führt Presseerörterungen mit Hilfe von Material der Abteilungsleiter Falkenhayn, und der Abteilungsleiter Falkenhayn beruft sich seinerseits wieder auf diese Presseerörterungen. Man darf wohl erwarten, daß gegenüber diesem Krebseis eines dem Reichsfinanzminister untergebenen Beamten mit allem Nachdruck eingeschritten und das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet wird.

4. In dieser Forderung liegt um so mehr Grund vor, als der Finanzminister selbst erklärt hat, daß Falkenhayn im Widerspruch mit den aktenmäßigen Tatsachen in einem Bericht behauptet hat, daß ihm „von höherer Stelle“ die Bearbeitung der Steuerangelegenheit Erzbergers entzogen worden sei. Diese Behauptung Falkenhayns ist absolut unwahr. In den Veröffentlichungen Buelcks aber findet man diese unwahren Behauptung immer und immer wieder.

5. Das ganze Verhalten Falkenhayns rückt in ein noch eigenartigeres Licht, wenn wir folgende Tatsachen der Öffentlichkeit mitteilen: Solange Erzberger Landesfinanzminister war, wurde ihm vorgeschlagen, zum Präsidenten des Landesfinanzamtes den Abteilungsleiter Falkenhayn zu befördern. Erzberger ist diesem Vorschlag nicht beigetreten, da er Falkenhayn für ein solches Amt nicht für geeignet hielt. Wir sagen nicht, daß Falkenhayn nun wegen Nichtbeförderung einen Racheakt gegen Erzberger unternommen hat; aber angesichts des sonderbaren Verhaltens dieses Beamten muß auch diese Tatsache nun der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Der Geschäftsausschuss hat das Aktenmaterial des Finanzministers für so wichtig gehalten, daß er in Abweidung seiner bisherigen Übung schriftliche Berichtstattung beschloß. Es ist anzunehmen, daß bereits in den nächsten Tagen eine lebhafte Aussprache über diesen politischen Skandal im Plenum stattfinden wird. . . .

Staatsanzeiger.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 28. Februar d. J. dem Oberlehrer Heinrich Schreiber an der Volksschule in Eutingen (A. Forstheim) die Stelle eines Schulleiters an der genannten Schule mit der Amtsbezeichnung Rektor übertragen.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Brombad, Dekanats Biesental, ernannte Pfarrer Josef Höberer, bisher Pfarrverweser daselbst, wurde am 20. Februar d. J. kirchlich eingesetzt.

Das Justizministerium hat unterm 24. Februar d. J. den Oberjustizsekretär Friedrich Kocher beim Landgericht Konstanz zum Notariat daselbst, den Oberjustizsekretär Friedrich Bulach beim Notariat Konstanz zum Amtsgericht daselbst und den Oberjustizsekretär Friedrich Schänfle beim Amtsgericht Konstanz zum Landgericht daselbst versetzt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Obereisenbahnsekretär Oskar Obländer in Donaueschingen nach Karlsruhe und den Obereisenbahnsekretär Edwin Oberst in Rastatt nach Karlsruhe versetzt.

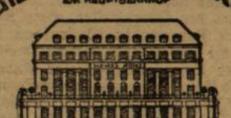
Die Eisenbahn-Generaldirektion hat unterm 25. Mai d. J. den Bauführer Karl Müller in Köffingen zur Zentralverwaltung versetzt.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat unterm 30. Dezember d. J. den Bauführer Gustav Würmer in Karlsruhe nach Köffingen versetzt.

Verstorben:
am 2. Februar d. J.: Peter Singer, zuzugehörter Rechnungsrat, zuletzt beim Kath. Oberstiftungsamt.
am 24. Februar d. J.: Dr. Artur Barbs, Medizinalrat, Direktor der Heil- und Pflanzenschule Forstheim.

Die Bewirtschaftung des Benzols betr.
Die Geschäfte der Benzolbewirtschaftung der Abteilung Kraftfahrzeuge werden mit Wirkung vom 15. März 1921 dem Staatlichen Landesamt übertragen. Anträge sind zu richten an das Staatliche Landesamt — Abteilung Kraftfahrzeuge — in Karlsruhe, Akademiestraße 1 (Telefon 5071).
Karlsruhe, den 7. März 1921.
Ministerium des Innern.
Kemmle. Schmitt.

Die Errichtung einer neuen Apotheke in Karlsruhe-Beiertheim betr.
Die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer in Karlsruhe-Beiertheim neu zu errichtenden Apotheke wird mit der Maßgabe ausgeschrieben, daß die Übertragung der Konzeption auf die Stadtgemeinde Karlsruhe vorbehalten bleibt.
Bewerbungen um die persönliche Berechtigung zum Betrieb bezw. um die Pacht der Apotheke sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen hier vorzulegen.
Karlsruhe, den 3. März 1921.
Badisches Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Rein. Braun.

SCHLOSSHOTEL KARLSRUHE
AM HAUPTBÜHNENPLATZ

Vornehmstes Haus am Platze
Bekannt für gute Küche und Weine
Täglich Künstler-Konzert
Abends nur reservierte Tische.

Bleibe jung
Tägliche Körperübungen für die Frau
Von Luise Keyber und Elfe Birmingham
Mit vierunddreißig Abbildungen von Hedwig Carlsson
Preis 10.— M. u. Sortimentssteuerzuschlag
Inhaltsverzeichnis: Allgemeine Ziele und Vorbedingungen für die tägliche Körperübung der Frau. — Die tägliche Übungsfolge. Zweck und Ausführung der Übungen (mit Übungsstafel und 34 Abbildungen). — Frotteübungen. — Winte für besondere Übungen bei Körperfehlern und Funktionsstörungen, zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden, sowie Ergänzungsübungen. — Schlusswort. — Vergrößerte Übungsstafel für den täglichen praktischen Gebrauch (zum Herausnehmen und an der Wand zu befestigen).
Diese Übungsfolge bedeutet kein neues „System“, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das notwendige bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen. Gehegte Gesundheit der Frau bedeutet Höherentwicklung unseres Volkes, Aufwärtsbewegung der Rasse und damit Steigerung körperlicher Schönheit u. der Beherrschung des äußeren Menschen.

G. Braunsche Buchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden
14 Kurfriedrichstraße 14

Freitag, den 11. März 1921:
Landestheater. Konzerthaus. Volksbühne M 3
Martha.
Die Stützen der Gesellschaft
7 bis nach 10 Uhr. Mk. 17.
7 bis 9 1/2 Uhr.

Höhenluftkurort
780 Meter über dem Meer
Gute Privatpension
Billigste Preise Gutes Haus
Anfragen unter J. 999 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Ladenlokal zu vermieten.
Für Lebensmittelverlagsgeschäft in der aufblühenden Gartenstadt-Ziedlung Leopoldshöhe mit 3. Et. 110 bezogenen Wohnungen u. Aussicht auf bedeutende Erweiterung der Siedlung ist ein neu erstelltes geräumiges Ladenlokal (60 qm groß), mit den erforderl. Nebenträumen — jedoch ohne Wohnung — als bald zu vermieten.
Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Hellingen-Weil, Hellingen Gartenstadt zur Einsichtnahme auf.
Angebote sind bis spätestens 15. März 1921 einzureichen.
Gemeinnützige Baugenossenschaft Hellingen-Weil
G. m. b. H.
Der Vorstand.

Kunstgewerbler guter Delmalter
für Spezialartikel sofort gesucht. J. 995
Kunstgew. Werkstatt Lehner & Grimm
Hellingen.

Gesuch
Chauffeur mit nachweisbar guten Erfahrungen u. Leistungen, welchem an einer angenehmen Stellung gelegen ist, bei hohem Lohn per sofort gesucht. Respektiert wird auf einen umsichtigen, tüchtigen Mann, welcher speziell Bugatti oder ähnlichen Kraftwagen schon gefahren hat. Offerten mit Zeugnisabschriften u. Bild erbeten.
Wolff Franz, Langenberg bei Gera-Neuß.

Metallbetten Stahldecks, Matrizen, Kinderbetten, Polster an jedem Mann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Eschl in Hellingen.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. April 1921 Anzeige zu machen.
Forstheim, 7. März 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 3.

Bürgerliche Rechtspflege.
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
B. 267. Forstheim. Über das Vermögen des früheren Bijouteriefabrikanten Georg Ranzmann in Forstheim, Lindenstraße 57, wurde heute am 7. März 1921, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Herr Rechtsanwalt Dr. Meier in Forstheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 6. April 1921 bei dem Gericht anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 6, zur Beschlußfassung über die Wahl eines oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Mittwoch, den 6. April 1921, vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf:
Mittwoch, den 20. April 1921, vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. April 1921 Anzeige zu machen.
Forstheim, 7. März 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 3.

B. 233.22 Schopfheim.
Der Landwirt Johann Friedrich Dreher alt in Neuenweg hat als Abwesenheitspfleger beantragt, den verfallenen Dienstrecht Gustav Sem, zuletzt wohnhaft in Hahnau, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 14. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Schopfheim, 2. März 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

B. 270.21 Eisingen. Die Karolina geb. Baumann, Ehefrau des Landwirts Heinrich Heller in Eisingen, hat als Miterbin beantragt, den verschollenen, am 21. August 1858 in Eisingen geborenen, dort zuletzt wohnhaften, 1879 nach Amerika ausgewanderten Jakob Friedrich Salkweis für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, 12. Oktober 1921, nachmittags 9 Uhr, vor dem badischen Amtsgericht Eisingen anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Eisingen, 26. Febr. 1921.
Badisches Amtsgericht.

Verchiedene Bekanntmachungen.
In das Handelsregister ist bei der Firma **Oberheimsche Gerbstoffwerke G. m. b. H.** in Rehl a. Rh. eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator ist der seitiger Geschäftsführer, Theodor Breuninger in Thomaswaldau, Kreis Buzlau in Niederschlesien. Gläubiger der Firma werden hermit aufgefordert, ihre Ansprüche

bei dem Liquidator geltend zu machen. B. 266
Oberheimsche Gerbstoffwerke G. m. b. H. in Liquidation.
Breuninger.

Die Lieferung des im Wirtschaftsjahre 1921 vom 1. April bis 1. Oktober im Bereich der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe erforderlichen Bahnschotter ist in verschiedenen Losen nach Verordnung des Finanzministeriums vom 3. Jan. 1907 zu vergeben. Gleichzeitig wird der Betrieb des bahneigenen Steinbruchs bei Hornberg und der Magergrube bei Tiengen neu vergeben. Das Bedingnisheft kann bei dem Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe, Baumwallstraße 1, Zimmer 5, eingesehen werden. Angebote sind auf den von uns unentgeltlich erhältlichen Angebotsbogen verschlossen und postfrei mit der Aufschrift „Schotterlieferung“ bis spätestens Dienstag, den 15. März 1921, vorm. 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung der Angebote, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Karlsruhe, 28. Febr. 1921.
Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.

Badischer Tarif und Tarif Baden-Süd. Privatnebenbahnen.
Mit sofortiger Wirkung werden die Bestimmungen über die Frachtermäßigung für Weidwerke durch Aufnahme des Marktgräfeler landw. Gauerbandes für die Jungviehweide Hagengbach (Amt Börsach) ergänzt.
Karlsruhe, 4. März 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.

Transportreglement der Schweizer Eisenbahnen.
Mit 15. März 1921 wird Nr. XXXV d. Anlage V durch Aufnahme von „Plastamit“ und „Simplonit“ ergänzt. Näheres in unserem Tarifanzeiger. B. 277
Karlsruhe, 3. März 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.